

PRESSEINFORMATION

11. Dezember 2019

VCI zum politischen Fahrplan „Green Deal“ der EU-Kommission

Deutsche Chemie unterstützt das Klimaschutzziel Treibhausgasneutralität 2050

- Chemie in Deutschland kann bis 2050 Treibhausgasneutralität erreichen
- Innovationen bringen für die zirkuläre Wirtschaft mehr als kleinteilige Regulierung
- EU-Gentechnikrecht aktualisieren und an Stand der Wissenschaft anpassen

Im von der EU-Kommission angekündigten „Green Deal“ sieht der Verband der Chemischen Industrie (VCI) einen konstruktiven Gesamtansatz, um Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in Europa nachhaltiger auszurichten. Die deutsche Chemie unterstützt insbesondere das Ziel der Kommission, bis zur Mitte des Jahrhunderts Treibhausgasneutralität in der EU zu erreichen.

VCI-Hauptgeschäftsführer Wolfgang Große Entrup: „Der Green Deal kann funktionieren, wenn Brüssel die Industrie als Partner und Lösungsanbieter für die großen Herausforderungen mit ins Boot holt. Kommt stattdessen nur eine Flutwelle neuer Regulierungen, geht es schief.“ Gute Industriepolitik müsse Rückenwind für die Innovationsfähigkeit der Unternehmen schaffen, damit die EU schneller Fortschritte bei Klimaschutz, nachhaltiger Landwirtschaft und zirkulärem Wirtschaften mache. Eine Berücksichtigung des Innovationsprinzips für den Green Deal hält der VCI deshalb für zwingend erforderlich. „Innovation bringt uns weiter als Regulation.“

Große Entrup wies auf die jüngste Studie des VCI hin, nach der die deutsche Chemie bis 2050 technologisch CO₂-Emissionen vollständig reduzieren kann. Nötig seien dazu, neben erheblichen Investitionen in alternative Produktionsmethoden, große Mengen grünen Stroms zu international wettbewerbsfähigen Preisen. Eine deutliche Erhöhung des EU-Klimaziels von derzeit 40 auf 55 Prozent für 2030 erfordere aber zunächst zwingend eine Folgenabschätzung hinsichtlich möglicher Auswirkungen auf elementare Fragen wie Versorgungssicherheit oder Wettbewerbsfähigkeit. „Europa würde mit diesem Schritt einsamer Vorreiter im Klimaschutz. Die Welt wird uns aber nur folgen, wenn sich daraus kein wirtschaftlicher Bumerang entwickelt“, unterstreicht der Hauptgeschäftsführer des Chemieverbandes.

Circular Economy nimmt eine zentrale Funktion im Green Deal der EU ein. Auch aus Sicht der chemischen Industrie ist zirkuläres Wirtschaften ein wichtiges Konzept auf dem Weg zu einer nachhaltigeren, ressourcenschonenden und klimaneutralen Wertschöpfung. Der VCI appelliert an die EU, einen ganzheitlichen Ansatz für den Aufbau von Stoffkreisläufen zu unterstützen. „Wir brauchen ein Konzept, das alle Beiträge zur Schonung von Ressourcen umfasst. Innovationen und Technologieoffenheit bringen die zirkuläre Wirtschaft besser voran als kleinteilige Regulierung“, betonte der Hauptgeschäftsführer des VCI. Für das Ziel Treibhausgasneutralität in der Chemie sind große Fortschritte bei der Umstellung der Rohstoffbasis und zirkulärem Wirtschaften nötig, wie die Studie des VCI zeigt. Die Nutzung von CO₂, ein steigender Anteil Biomasse und die Verwertung von Kunststoffabfällen – zum Beispiel durch chemisches Recycling – sollen die fossile Basis der Branche für die Produktion von Grundchemikalien bis 2050 nahezu ersetzen.

Innovation ist aus Sicht des VCI auch ein entscheidender Treiber für eine **moderne Landwirtschaft und Biodiversität**. Deshalb fordert der VCI die EU – gemeinsam mit 23 anderen Organisationen aus der Agrar- und Ernährungswirtschaft – auf, das Gentechnikrecht der EU zu aktualisieren und so zügig wie möglich an den Stand der Wissenschaft anzupassen. Dabei geht es darum, die neuen Methoden des Gene-Editing (CRISPR/Cas9) für die Pflanzenzüchtung nutzbar zu machen. Derzeit sind sie durch das Urteil des EuGH für die Betriebe praktisch nicht mehr anwendbar. Die Entwicklung von widerstandsfähigeren Sorten, die besser mit Klimaextremen zurechtkommen, sei mit den neuen Züchtungsmethoden sicherer und zielgerichteter möglich, so der VCI. Darüber hinaus eröffneten die neuen Züchtungsmethoden die Chance, die genetische Vielfalt zu erweitern und diese Variation für eine größere Sortenvielfalt zu nutzen. Damit einhergehend vergrößerten sich die Möglichkeiten für eine nachhaltigere Landbewirtschaftung und einen effizienteren Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln.

Eine einfache Mengenreduktion der ausgebrachten **Pflanzenschutz-** und Schädlingsbekämpfungsmittel hält der VCI dagegen für ökologisch nicht zielführend. Durch verbesserte Prognose- und Applikationstechnik, insbesondere im Zusammenspiel mit der rasanten Digitalisierung der Landwirtschaft, werden diese Mittel zukünftig noch zielgerichteter ausgebracht. Gleichzeitig sorgt die Pflanzenschutzmittelindustrie durch Forschung und Entwicklung sowie ihrer Produktverantwortung dafür, Risiken weiter zu reduzieren, die mit dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln verbunden sind.

Eine **Zero-Pollution-** oder „Null-Schadstoff“-Strategie betrachtet der VCI mit Sorge. Durch die bestehende EU-Gesetzgebung zu chemischen Produkten sind Mensch und Umwelt bereits umfassend geschützt, betont der Chemieverband. „Politische Entscheidungen sollten auf Basis von Fakten und auf der Grundlage von wissenschaftlichen Risikobewertungen erfolgen sowie die sichere Anwendung von chemischen Stoffen und Produkten berücksichtigen. Ein Verbot um jeden Preis ist nicht zielführend“, sagte Große Entrup. Im Vordergrund einer zukünftigen EU-Strategie solle deshalb der Nutzen chemischer Stoffe und Produkte sowie deren nachhaltige und sichere Verwendung stehen.

Der VCI vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen von rund 1.700 deutschen Chemieunternehmen und deutschen Tochterunternehmen ausländischer Konzerne gegenüber Politik, Behörden, anderen Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Medien. Der VCI steht für mehr als 90 Prozent der deutschen Chemie. 2019 setzte die Branche 193 Milliarden Euro um und beschäftigte rund 464.800 Mitarbeiter.

Kontakt: VCI-Pressestelle, Telefon: 069 2556-1496, E-Mail: presse@vci.de
<http://twitter.com/chemieverband> und <http://facebook.com/chemieverbandVCI>